

Devianz als Vermittlung zwischen Fakt und Norm

Epistemische Praktiken und fact-finding internationaler Organisationen

zeitschrift
diskurs

www.diskurs-zeitschrift.de

Ausgabe 8 (Sonderheft)
Vermittlung in der internationalen Politik

Kontakt
lesch@hsfk.de

Erschienen
November 2022

Max Lesch

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Abstract

When normative aspirations and reality drift apart, they do not open a precarious gap but unveil a potentially productive difference. In this article, I suggest using the concept of deviance to study how international practices convey meaning between facts and norms. Taking fact-finding as an example, I show how epistemic practices in international organisations assemble, translate, and represent knowledge about human rights violations. I illustrate this heuristic with a case study of one of the first United Nations fact-finding mission in human rights. Dispatched to Chile in 1975, it was mandated to ascertain allegations of torture and other human rights violations against Pinochet's junta on-site. The reports of the fact-finding mission established knowledge about Chile's practices and labelled them as deviance, thereby conveying meaning between factual findings on the ground and international human rights norms.

Keywords

Normenforschung; Devianz; fact-finding; epistemische Praktiken, internationale Organisationen

Lesch, M. (2022): Devianz als Vermittlung zwischen Fakt und Norm. Epistemische Praktiken und fact-finding internationaler Organisationen, diskurs, Ausgabe 8 (Sonderheft), S.12-26.

Wissen über Normbrüche ist das Ergebnis einer Vermittlung zwischen Fakt und Norm. Wenn Normalität brüchig wird, verflüchtigen Normen sich nicht – es eröffnet sich vielmehr die Möglichkeit, Normativität zu bestimmen.¹ In diesem Beitrag schlage ich Devianz als Scharnierkonzept vor, um der Frage nachzugehen, wie epistemische Praktiken internationaler Organisationen angesichts einer scheinbar prekären Lücke zwischen Fakt und Norm vermitteln. Ausgangspunkt dieser Argumentation ist die Annahme, dass Devianz ein zentraler Bestandteil internationaler Normdynamiken ist (Adler-Nissen 2014; Zarakol 2014). Die konstruktivistische Normenforschung in den Internationalen Beziehungen (IB) hat früh darauf hingewiesen, dass der Einfluss von Normen auf die internationale Politik sich weder in ein Normbefolgungsdiktat übersetzen lasse (Jepperson et al. 1996: 56), noch dass Normbrüche ihre – kontrafaktische – Geltung in Frage stellten (Kratochwil & Ruggie 1986: 767). Dennoch wird das Auseinanderfallen von Fakt und Norm häufig als Problem für die Norm gesehen. So hat die IB-Normenforschung in Modellen zur Normentwicklung und -verbreitung zunächst gezeigt, wie diese Prozesse auf Normbefolgung hinwirken können (Meyer et al. 1997: 152; Finnemore & Sikkink 1998: 904; Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 16–17). Jüngere Forschung zur Kontestation hat die unterschiedlichen Effekte von Streit um und der Anfechtung von internationalen Normen in den Blick genommen (Wiener 2014; Deitelhoff & Zimmermann 2020). Auch diese Arbeiten kaprizieren eher auf die Frage, wie trotz oder durch Kontestation Normbefolgung gelingen kann (Niemann & Schillinger 2016: 47), anstatt die normative Rolle von nicht-Befolgung – Devianz – selbst zum Analysegegenstand zu machen (Adler-Nissen 2014: 144). Was ein Normbruch ist, scheint zudem a priori festzustehen (Pratt 2020: 60) – es bedarf keiner Vermittlung. Im Gegensatz dazu möchte ich in diesem Beitrag im Anschluss an Christoph Möllers' (2015) Normverständnis erstens argumentieren, dass die Möglichkeit des Normbruchs konstitutiv für die Idee einer Norm ist. Durch die Vermittlung zwischen Fakt und Norm wird Devianz ausgehandelt und Normativität hergestellt (Lesch 2020). Weder Normen noch Fakten können losgelöst voneinander – unvermittelt – Bedeutung annehmen.

Diese Vermittlung können internationale Organisationen (IOs) leisten, wenn sie durch epistemische Praktiken Wissen über Normbrüche herstellen und durch wechselseitige Zuschreibungen Fakten und Normen zugleich Bedeutung geben. Wenn sie ein bestimmtes Verhalten als Normbruch deklarieren, ändert sich nicht nur die Bedeutung

¹ Ich bedanke mich bei den Herausgeber*innen dieses Sonderhefts, Frank Gadinger, Nele Kortendiek und Janne Mende, sowie den anonymen Gutachter*innen für das konstruktive Feedback zu früheren Versionen dieses Artikels, der zudem sehr von den Diskussionen während der Jahrestagung des Arbeitskreises „Soziologie der internationalen Beziehungen“ (AK SiB) der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) an der Universität Gießen im November 2019 profitiert hat.

dieser Handlung, sondern bestimmt sich auch der Inhalt der entsprechenden Norm. Allerdings hat der Fokus auf die Normbefolgung oder Kontestation durch Staaten den Blick auf die agency von IOs in internationalen Normdynamiken verstellt.² Sie sind weder nur Normunternehmer*innen für die Entstehung neuer Normen (Finnemore & Sikkink 1998: 899), noch stellen sie lediglich den institutionellen Zugang zu Kontestationsforen bereit (Wiener 2014: 37–39). In diesem Beitrag möchte ich zweitens argumentieren, dass IOs durch ihre epistemischen Praktiken als vermittelnde Instanzen auftreten und durch fact-finding Normativität etablieren. IOs verstehe ich hier als offene Organisationen (Dingwerth et al. 2009). Nicht nur ihre agency, sondern auch ihre Autorität wird erst vollständig greifbar, wenn wir uns den Praktiken in IOs und ihren Netzwerken zuwenden – mit anderen IOs, Nichtregierungsorganisationen oder zwischen deren Mitarbeiter*innen (Kortendiek 2021; Louis & Maertens 2021; Reiners 2022). Sie setzen Kategorien, mit denen die internationale Politik arbeitet und bestimmen „boundaries for acceptable action“ (Barnett & Finnemore 2004: 32; siehe auch Bueger 2015: 2). Auch wo ihnen möglicherweise zentralisierte Normdurchsetzungsmechanismen fehlen, wenden sie Normen an und labeln Staaten als deviant bzw. grenzen diese aus, wenn sie Normen nicht befolgen (Hathaway & Shapiro 2011: 302; Hirsch 2015: 170). Ein Fokus auf diese Vermittlungsprozesse trägt außerdem zur Forschung über Stigma in den IB bei, indem beleuchtet wird, wie Devianz zunächst ausgehandelt und festgestellt wird, woraufhin als deviant gebrandmarkte Staaten erst in einem nachgelagerten Schritt reagieren (Adler-Nissen 2014) oder selbst als Normunternehmer*innen tätig werden (Wunderlich 2018).

Im Folgenden werde ich zunächst ein afaktisches Verständnis von Normen und die Idee von Devianz als Vermittlung skizzieren. In einem zweiten Schritt werde ich fact-finding als ein Beispiel epistemischer Praktiken zur Konstruktion von Devianz in drei Schritten (Zusammensetzen, Übersetzen, Repräsentieren) aufschlüsseln. Auf diese Weise verknüpft dieser Beitrag konstruktivistische, praxistheoretische und organisationssoziologische Zugänge zum Vermittlungsbegriff (Gadinger et al. 2022). Schließlich illustriere ich dieses Vermittlungsverständnis und die Heuristik am Beispiel der Auseinandersetzung der Vereinten Nationen (VN) mit der Menschenrechtssituation in Chile nach Ernesto Pinochets Putsch 1973. Der Beitrag zeigt, wie internationale Organisationen durch epistemische Praktiken in fact-finding-Missionen Deutungshoheit gewinnen können. Die „Ad Hoc Working Group on the Human Rights Situation in

² Trotz zahlreicher Parallelen mit der Normenforschung sind die Anknüpfungspunkte zur konstruktivistischen IO-Forschung nur selten fruchtbar gemacht worden – so auch, wenn es um den Umgang mit Normbrüchen geht.

Chile“ versetzte die Vereinten Nationen in die Lage, ein Urteil über die Anschuldigungen gegen Pinochets Regime zu fällen. Die Berichte der Gruppe leisten eine Vermittlungsarbeit zwischen den Ansprüchen von Menschenrechtsnormen und der Realität von Menschenrechtsverletzungen, indem sie ihnen wechselseitig Bedeutung zuschrieben und Devianz etablierten.

Devianz als Vermittlung

Ich folge hier Möllers' breiter Definition von Normen als „Darstellung einer Möglichkeit und der positiven Bewertung von deren Verwirklichung“ (Möllers 2015: 127–128). Diese Perspektive eröffnet den Blick auf jenen Teil sozialer Praxis, der sich weniger mit der Frage nach Konformität und Homogenität, als vielmehr mit Abweichung und Heterogenität beschäftigt (Lesch 2017). Möllers' Figur der positiven Bewertung erinnert an den konzeptionellen Kern internationaler Normen, an ihren Sollensanspruch (Deitelhoff 2006: 37). Normativität beschreibt nicht das Sein, sondern das Sollen und ist in diesem Sinne eng verwoben mit der Möglichkeit des Bruchs und dessen Kritik. Mit den Worten von Émile Durkheim verurteilen wir eine Tat nicht, „weil sie ein Verbrechen ist, sondern sie ist ein Verbrechen, weil wir sie verurteilen“ (Durkheim 1996: 130). Das Normative internationaler Normen findet sich demnach nicht in einem Zusammenfallen von Sollen und Sein, sondern in der intersubjektiven Antwort auf die Frage, wie Alternativen zum Sein aussehen sollen bzw. Umstände kritisiert werden können. Dieses afaktische Normverständnis erweitert die Idee der kontrafaktischen Geltung von Normen, indem es darauf verweist, dass sich Normativität nicht „gegen die Welt, wie sie per se ist“ richtet, sondern „vielmehr Raum sowohl für Abweichungen als auch für Entsprechungen“ lässt (Möllers 2015: 131). Konformität und Abweichung sind somit zwei Seiten derselben normativen Medaille. Konzeptionell ist die Möglichkeit ihres Bruchs konstitutiv für die Existenz einer Norm.

Normativität bedarf der Vermittlung zwischen Norm und Fakt, selbst – oder gerade – dort, wo sie auseinanderzufallen scheinen. Denn: „Norms often only become visible when they are violated“ (Deitelhoff & Zimmermann 2020: 53). Eine bestimmte Handlung wie ein Gewalteininsatz in einem internationalen Konflikt wird erst illegal und ein Bruch des Gewaltverbots, wenn diese Bedeutung der Handlung zugeschrieben worden ist. Zugleich stellt diese Vermittlung die Normativität, den Sollensanspruch der Norm, in intersubjektiven Praktiken und konkreten Situationen her (Lesch 2021: 616). In der Devianzsoziologie haben konstruktivistische Ansätze und die labeling-Schule hervorgehoben, wie Devianz – was eine Normverletzung ist – aus einem kontingenten sozialen Prozess hervorgeht. In Anlehnung an Howard Beckers (1963: 9) berühmtes Dik-

tum über die gesellschaftliche Rolle bei der Entstehung von Devianz definiere ich Devianz als das Ergebnis einer Vermittlung zwischen Fakt und Norm, das den Beschuldigten mit einem label belegt (Lesch 2020: 53). Ein solches Verständnis der Konstruktion von Devianz rückt die agency jener Akteur*innen in den Vordergrund, die bestimmen, was Angemessenheit in einer bestimmten Situation bedeutet. In der Weltpolitik sind es nicht zuletzt IOs, die in der Praxis auf unterschiedliche Art und Weise Normen anwenden, Normbrüche feststellen und somit eine der zentralen Funktionen internationaler Normen erfüllen (Barnett & Finnemore 2004: 31–33; siehe auch von Bogdandy & Venzke 2012: 4).

Dieses Verständnis von Devianz als Vermittlung macht die Zuschreibung eines bestimmten Verhaltens als Verletzung und damit die Bedeutung der Norm analytisch greifbar. Das Konzept der Vermittlung ist für die IB-Normenforschung hilfreich, um Abweichung nicht als Widerspruch zur Norm zu verstehen, sondern als Ergebnis einer normativen Praxis, die die Norm selbst in Effekt setzt. Devianz ist weder fix noch losgelöst von Normen beobachtbar; sie ist Folge einer Vermittlung, die internationale Akteur*innen in der Praxis leisten. Dies kann durch unterschiedliche Praktiken mit offenem Ergebnis geschehen. Ein Paradebeispiel wäre, wie im Nationalstaat auch, ein Verfahren vor einem internationalen Gerichtshof (Steininger & Deitelhoff 2022). National wie international wird Devianz jedoch durch unterschiedlichste informelle oder institutionalisierte Mechanismen konstruiert (Erikson 1962: 311); seien es Menschenrechtsberichte von Nichtregierungsorganisationen, Berichterstattungsverfahren internationaler Organisationen oder globale Benchmarks. Im Folgenden will ich mich auf eine Praktik beschränken, die Bestandteil vieler dieser Verfahren ist: fact-finding-Mechanismen, oder genauer die Entsendung von internationalen fact-finding-Missionen.

Fact-finding als epistemische Praktik

Unter internationalem fact-finding lassen sich im Kontext der Vereinten Nationen allgemein all jene Aktivitäten verstehen, die darauf abzielen – idealiter vor Ort – Fakten zu sammeln, die für die Bewertung von Menschenrechtsverletzungen oder Bedrohungen von Frieden und Sicherheit im Lichte internationaler Normen relevant sind und über diese Aktivitäten an die auftraggebenden Organe berichten. Sie werden meist von ad hoc (Untersuchungs-) Missionen durchgeführt und haben keine unmittelbaren rechtlichen Konsequenzen (Alston & Knuckey 2016: 9; Becker & Nouwen 2019: 823, Fn. 14). Fact-finding-Aktivitäten – hier verstanden als epistemische Praktiken – „produce and maintain (explicit) knowledge or facts“ (Bueger 2015: 6; siehe auch Heaven 2017: 357). Diese Praktiken werden heute von einer wachsenden, international vernetzten und innovativen community of practice getragen (Heaven 2017). Insofern als

sich fact-finding-Missionen direkt oder indirekt mit der Frage nach Normbrüchen beschäftigen, konstituieren sie eines der institutionell-normativen Arrangements, durch die IOs Devianz vermitteln. Zentral ist dabei die Wahrnehmung der Akteur*innen und Prozesse als unabhängig und neutral, um Vertrauen in das Wissen und die Ergebnisse zu schaffen (Franck & Cherkis 1967: 1523–24; Mégret 2016: 29). In Anlehnung an Christian Bueger (2015: 7) fächere ich die epistemischen Praktiken im fact-finding hier in drei Bereiche auf: das (1) Zusammensetzen von Fakten; das (2) Übersetzen ihrer Bedeutung; und das (3) Repräsentieren der Ergebnisse. Nicht nur empirisch, sondern auch konzeptionell greifen diese drei idealtypischen Bereiche, wie sich unten zeigen wird, ineinander. Methodisch versucht die anschließende Illustration, internationale Praktiken auf Grundlage einer archivbasierten Analyse nachzuzeichnen, die es dem Forschenden erlaubt die historischen Kontexte entlang des Materials zu rekonstruieren (Jackson 2006: 272; MacKay & Levin 2015: 171; Bueger & Gadinger 2018: 151–153).

Fact-finding-Missionen setzen (1) Fakten zusammen, die die Grundlage für die Bewertung der Anschuldigungen bilden sollen. Sie tun dies durch vielfältige Techniken und Praktiken, wie das Besichtigen von Orten, das Befragen und Hören von Zeug*innen oder das Auswerten von sekundärem Material. Dem Anspruch nach sollen diese Fakten glaubwürdig sein und unparteiisch erhoben werden, sie sollen etwas beweisen und durch faire Verfahren Akzeptanz gewinnen (Mégret 2016: 31–32). Diese Anforderungen zeigen, dass schon das Zusammensetzen von Fakten nur selten vollständig abgeschlossen werden kann und kontingent bleibt (Bueger 2015: 7). Oft sind bereits die Fakten umstritten. Eine vermeintlich objektive Tatsachenfeststellung ist zudem bereits durch die normativen Vorgaben der Mandate solcher Missionen imprägniert, „that tell us what facts one is looking for“ (Mégret 2016: 35). Die Frage, ob Fakten sich losgelöst von Normen finden lassen, verweist auf den nächsten Schritt: das Übersetzen.

Sind die Handlungen einer vermeintlichen Täterin als Tatsachen festgestellt worden, bewerten die Akteur*innen diese im Lichte der bestehenden Normen. In der (2) Übersetzung schreiben die Akteur*innen einer Norm Bedeutung zu, indem sie sie auf eine bestimmte Situation anwenden. Spätestens hier beginnt die Vermittlung zwischen Fakt und Norm durch die Verknüpfung des Wissens über Fakten mit den normativen Ansprüchen internationaler Normen (Möllers 2015: 197). Die Frage nach Übersetzungsleistungen zielt darauf ab, wie Akteur*innen die zusammengestellten Fakten und Beziehungen qualifizieren (Bueger 2015: 7). Dies soll jedoch nicht eine lineare Abfolge suggerieren: Die Verbindung von Normen mit Situationen durch die Beschreibung der beobachteten Ereignisse und Handlungen eröffnet den Raum für konkurrierende Interpretationen (Kratochwil 1989: 227). Wie das Zusammensetzen der Fakten selbst

bleibt auch das Ergebnis einer Übersetzungsleistung offen und Streitbar. Nichtsdestotrotz schreibt das Übersetzen sowohl einer Norm als auch den beurteilten Fakten zumindest situativ Bedeutung zu: entweder als deviant oder als konform.

Schließlich (3) repräsentieren fact-finding-Missionen das von ihnen produzierte Wissen in der Regel durch das Verschriftlichen und Dokumentieren in Berichten, die an die entsendenden Organe übergeben werden. Eine fact-finding-Mission macht Wissen über Devianz sichtbar und durch ihren Bericht verfügbar (Bueger 2015: 7). Diese Berichte können als Wissensobjekte verstanden werden, die auf eine autoritative Präsentation von Wissen über Fakten, die Zuschreibung von Bedeutung und, möglicherweise, Zuordnung von Verantwortlichkeit abzielen. Fact-finding produziert Wissen über Normbrüche und schafft Ankerpunkte für die internationale Politik. Der Bericht über fact-finding ist eine mögliche, wenn auch oft weiterhin umstrittene, Repräsentation von Wissen über Devianz als Vermittlung in der Weltpolitik. Wenn IOs diese Berichte in Resolutionen oder anderen Beschlüssen nutzen, gewinnt dieses Wissen an Autorität (Simmerl & Zürn 2016: 58–59).

Die Vereinten Nationen, fact-finding und die Menschenrechtssituation in Chile

Nach dem Staatsstreich von Augusto Pinochet in Chile 1973 flammten regionale und internationale Vorwürfe gegen die von der Militärjunta in Gang gesetzte Repressionsmaschinerie auf. Internationale und regionale Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen beschuldigten die chilenischen Behörden schwerer Menschenrechtsverletzungen, nicht zuletzt der Folter. In den Vereinten Nationen manifestierte sich von 1975 an das Wissen über Devianz in den Berichten der Ad Hoc Working Group on the Human Rights Situation in Chile (im Folgenden Ad-hoc-Arbeitsgruppe). Diese Arbeitsgruppe war Experiment und Novum zugleich, da es der erste Fall war, in dem die VN-Menschenrechtskommission eine fact-finding-Mission auf Grundlage der noch jungen Resolution 1235 des Wirtschafts- und Sozialrats der VN entsandte, die die Kommission ermächtigte, „Studien“ über Menschenrechtsverletzungen durchzuführen (Kelly 2018: 165).

Als die Vereinten Nationen begannen, sich mit den Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen in Chile auseinanderzusetzen, waren die Beweise, die regionale und nicht-staatliche Organisationen sowie die Weltpresse zusammengetragen hatten, bereits überwältigend (Ensalaco 2000: 99–100). Nichtsdestotrotz waren gerade die Fakten in den polarisierten Debatten, geprägt von der Rhetorik des Kalten Krieges, hochgradig umstritten. Während das Wissen für die einen bereits existierte, stellten es die

anderen in Frage. Die Vereinten Nationen waren in dieser Konstellation zunächst Forum für die Austragung des Streits zwischen Chile und ihre Verbündeten einerseits und den sozialistischen Anhängern der Allende-Regierung andererseits.³ Fakt und Norm standen sich scheinbar unvermittelt gegenüber. In den Debatten kristallisierte sich schließlich das Ziel heraus, durch eine sorgfältige, neutrale und objektive Studie die VN-Menschenrechtskommission in die Lage zu versetzen, zu prüfen und zu entscheiden, ob die Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzung zuträfen (VN-Menschenrechtskommission 1975b: 47). Diesem Schritt stimmten auch, etwas überraschend, Chile und ihre Verbündeten zu (Eckel 2014: 634).

Am 27. Februar 1975 beschloss die VN-Menschenrechtskommission die Einsetzung einer Arbeitsgruppe (VN-Menschenrechtskommission 1975a). Die Kommission ernannte in der Folge den pakistanischen Delegierten Ghulam Ali Allana zum Vorsitzenden der Gruppe; Leopoldo Benites (Ecuador), Adboulaye Diéye (Senegal), Felix Ermacora (Österreich) und M.J.T. Kamara (Sierra Leone) vervollständigten die Gruppe (VN-Menschenrechtskommission 1975c: 184). Diese Zusammensetzung war das Ergebnis eines sorgfältig ausgearbeiteten Kompromisses, um alle Regionen der Welt zu repräsentieren, aber Mitglieder aus einem sozialistischen Land zu vermeiden – eine chilenische Bedingung für die Zusammenarbeit mit der Gruppe (Eckel 2014: 634). Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe nahm am 20. Mai 1975 in Genf ihre Arbeit auf.

Wie hat die Ad-hoc-Arbeitsgruppe Informationen gesammelt und Fakten zusammengesetzt? Ziel der Ad-hoc-Arbeitsgruppe sollte es sein, eine Untersuchung der Menschenrechtssituation in Chile durchzuführen: vor Ort in Chile und basierend auf dem relevanten, mündlichen und schriftlichen Beweismaterial (VN-Menschenrechtskommission 1975d: 66, Abs. 1). Der zentrale Aspekt dieses Mandats, der in situ Besuch in Chile, sollte sich allerdings aufgrund der kurzfristig zurückgezogenen Zustimmung Chiles erst 1978 realisieren. In der Zwischenzeit waren die Mitglieder der Arbeitsgruppe auf Alternativen angewiesen. Sie begannen Zeug*innen außerhalb Chiles anzuhören und sekundäres Material auszuwerten. Für die Gruppe selbst eine mangelhafte Lösung, mussten sie sich doch auf die Aussagen von Personen verlassen, die sich der Gruppe aktiv als Zeug*innen anboten (Ermacora 1976: 151; Shelton 1980: 22). Dies betraf auch die unklare Rolle Chiles in dem Verfahren. Sollte Chile berechtigt sein, Zeug*innen vorzuladen und im Kreuzverhör zu befragen, wie es etwas die fact-finding-Mechanismen der Europäischen Kommission für Menschenrechte vorsahen (Ermacora 1976: 149–151)? Erst der Besuch der Arbeitsgruppe in Chile machte es möglich,

³ Für einen guten Überblick der Debatten in den Vereinten Nationen siehe Eckel (2014: Kapitel 8).

Vertreter der chilenischen Regierung anzuhören und weitere Formen des Beweismaterials einzubeziehen, wie zum Beispiel ärztliche Berichte über Folterspuren in einzelnen Fällen (VN-Generalversammlung 1978: Abs. 345).

Welche Bedeutung hat die Arbeitsgruppe den von ihr identifizierten Tatsachen zugeschrieben? Wie hat sie die Tatsachen in normative Ansprüche übersetzt? Die Arbeitsgruppe hat zunächst die Allgemeine Menschenrechtserklärung und die Menschenrechtspakte als die einschlägige Rechtsgrundlage der Vereinten Nationen identifiziert, das der Bewertung der Lage in Chile zugrunde liegen sollte (Ermacora 1976: 149; siehe auch Shelton 1980: 16). Die Sollensansprüche dieser Normen und die von der Arbeitsgruppe identifizierten Fakten wurden in einem zweiten Schritt wechselseitig mit Bedeutung und Normativität angereichert. In den Berichten der Arbeitsgruppe werden nicht nur die zahlreichen Formen der Misshandlung beschrieben, sondern als Formen von Folter benannt. Die Gruppe stellte unmissverständlich fest, dass die fraglichen Verhörmethoden und Misshandlungstechniken – ausdrücklich auch in Ausnahmesituationen wie Bürgerkriegen – gegen internationales Recht verstoßen. Sie seien ein „affront to the elementary moral standards of mankind“ (VN-Generalversammlung 1975b: Abs. 195). In den folgenden Jahren kam die Gruppe darüber hinaus zu dem Schluss, dass es in Chile eine institutionalisierte Folterpraxis gebe (VN-Generalversammlung 1976: Abs. 311, 516-517, 1977: Abs. 136). Die Arbeitsgruppe sammelte nicht nur Fakten, sondern schrieb den Fakten genauso wie den angewendeten Normen Bedeutung zu. Das produzierte Wissen ist nicht nur deskriptiv, sondern normativ – auch wenn die Mitglieder der Arbeitsgruppe selbst betonten, dass sie lediglich Informationen bereitgestellt hätten, die nun von den kompetenten Organen bewertet werden sollten (Ermacora 1976: 154).

Das Wissen über die Menschenrechtssituation wurde in zwei unterschiedlichen Formen repräsentiert: einerseits in den Berichten der Arbeitsgruppe, andererseits in den darauf aufbauenden Resolutionen der Vereinten Nationen. Zusammengefasst stellte jeder Bericht der Arbeitsgruppe die zahlreichen Verhör- und Internierungspraktiken eindeutig als Folter und unmenschliche Behandlung dar. Diese Ergebnisse wurden an die VN-Menschenrechtskommission bzw. die VN-Generalversammlung übergeben und dort aufgegriffen (Vargas Viancos 1990). Auf jeden der Berichte folgten Resolutionen, die Chiles Devianz vom Folterverbot feststellten. So drückte die VN-Generalversammlung bereits 1975 „its profound distress at the constant flagrant violations of human rights including the institutionalized practice of torture“ aus (VN-Generalversammlung 1975a: Abs. 1) und forderte die chilenische Regierung auf, die Einhaltung des internationalen Folterverbots zu gewährleisten (VN-Generalversammlung

1975a: Abs. 2(b)). Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe hatte durch ihre epistemischen Praktiken die politischen Organe der Vereinten Nationen in die Lage versetzt, normative agency zu erlangen. Lavierte sie vor der Entsendung der Arbeitsgruppe, waren die Berichte der Arbeitsgruppe als Wissensobjekte und ihre Vermittlung zwischen Fakt und Norm nun der zentrale Bezugspunkt für die Entscheidungen der VN-Generalversammlung zur Menschenrechtslage in Chile.

Der Streit um die Ad-hoc-Arbeitsgruppe endete nicht mit den Berichten oder den VN-Resolutionen. Die chilenische Delegation wurde nicht müde, die Arbeitsmethoden und prozeduralen Aspekte der Arbeitsgruppe in Frage zu stellen, um ihre Ergebnisse und die VN-Resolutionen anzugreifen und vor einem gefährlichen Präzedenzfall zu warnen. Die chilenische Kritik an den fact-finding-Berichten und den VN-Resolutionen verweist zugleich auf die Wahrnehmung der Vereinten Nationen als autoritative Akteurin in der Weltpolitik (Daase & Deitelhoff 2015).

Schluss

Das in diesem Beitrag vorgeschlagene Verständnis von Devianz als Vermittlung ergänzt auf konzeptioneller Ebene einerseits die IB-Normenforschung um ein dynamisches, relationales Verständnis des Verhältnisses zwischen Fakt und Norm. Andererseits verknüpft es die IO-Forschung mit der Normenforschung, indem es Devianz als Vermittlung durch eine Analyse epistemischer Praktiken nachspürt. Der Fall der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zeigt, wie die Vereinten Nationen durch die fact-finding-Mission selbst inmitten der polarisierten Debatten des Kalten Krieges Deutungshoheit gewonnen haben. Auch wenn die Gruppe in Bezug auf ihre Verfahren experimentieren musste, haben die Ergebnisse ihrer Vermittlungsarbeit zur Bestimmung der Bedeutung des Folterverbots beigetragen und die Verabschiedung der VN-Resolutionen gegen Chile ermöglicht. In den Vereinten Nationen manifestierte sich Devianz vom Folterverbot in der Vermittlung zwischen Tatsachenfeststellung in Chile und internationalen Menschenrechtsnormen durch die Ad-hoc-Arbeitsgruppe.

Der Vermittlungsbegriff von Devianz wirft ein Schlaglicht auf jene Praktiken von IOs, die versuchen, Wissen über Normbrüche zu stabilisieren und epistemisches Vertrauen in Konflikten zu schaffen. Er ermöglicht die Beantwortung von Fragen nach den Ressourcen, die IOs dazu zur Verfügung stehen, wie sie diese mobilisieren und umsetzen sowie unter welchen Voraussetzungen Vermittlung und die Stabilisierung von Wissen gelingen kann. Schließlich erweitert der Fokus auf Vermittlung durch epistemische Praktiken die Analyse von multidirektionalen Übersetzungsleistungen rund um internationale Normen, die Feedbackeffekte über die spezifischen Fälle hinaus erzeugen

(Zimmermann 2017: 204). Die Gruppe war eine der ersten fact-finding-Missionen im Menschenrechtsbereich, die Vorwürfen von Normbrüchen vor Ort nachging. In der Folge machten fact-finding-Missionen der Vereinten Nationen Schule und der chilenische Fall führte zur formellen und institutionellen Verankerung von fact-finding-Mechanismen und der Weiterentwicklung des internationalen Folterverbots. Fact-finding-Missionen bilden nur ein Beispiel für die vielfältigen Vermittlungslaboratorien der internationalen Politik (Bueger 2015: 7). Das in diesem Beitrag vorgeschlagene Verständnis von Devianz als Vermittlung lädt zu weiterer Forschung ein, die sich der Frage widmet, durch welche Praktiken IOs zwischen dem vermeintlichen Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit vermitteln und im oft versteckten Tagesgeschäft der internationalen Politik Normen und Recht anwenden, schaffen und fortentwickeln.

Literaturverzeichnis

- Adler-Nissen, Rebecca (2014): Stigma Management in International Relations: Transgressive Identities, Norms, and Order in International Society. In: *International Organization* 68 (1), 143–176.
- Alston, Philip; Knuckey, Sarah (2016): The Transformation of Human Rights Fact-Finding: Challenges and Opportunities. In: Alston, Philip; Knuckey, Sarah (Hrsg.): *The Transformation of Human Rights Fact-Finding*, Oxford: Oxford University Press, 3–24.
- Barnett, Michael; Finnemore, Martha (2004): *Rules for the World: International Organizations in Global Politics*, Ithaca: Cornell University Press.
- Becker, Howard S. (1963): *Outsiders: Studies in the Sociology of Deviance*, New York: The Free Press.
- Becker, Michael A.; Nouwen, Sarah M. H. (2019): International Commissions of Inquiry: What Difference Do They Make? Taking an Empirical Approach. In: *European Journal of International Law* 30 (3), 819–841.
- Bueger, Christian (2015): Making Things Known: Epistemic Practices, the United Nations, and the Translation of Piracy. In: *International Political Sociology* 9 (1), 1–18.
- Beuger, Christian; Gadinger Frank (2018): *International Practices Theory*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Daase, Christopher; Deitelhoff, Nicole (2015): Jenseits der Anarchie: Widerstand und Herrschaft im internationalen System. In: *Politische Vierteljahresschrift* 56 (2), 299–318.
- Deitelhoff, Nicole (2006): *Überzeugung in der Politik: Grundzüge einer Diskurstheorie des internationalen Regierens*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Deitelhoff, Nicole; Zimmermann, Lisbeth (2020): Things We Lost in the Fire: How Different Types of Contestation Affect the Robustness of International Norms. In: *International Studies Review* 22 (1), 51–76.
- Dingwerth, Klaus; Kerwer, Dieter; Nölke, Andreas (Hrsg.) (2009): *Die organisierte Welt: Internationale Beziehungen und Organisationsforschung*, Baden-Baden: Nomos.
- Durkheim, Émile (1996): *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Eckel, Jan (2014): *Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Ensalaco, Mark (2000): *Chile under Pinochet: Recovering the Truth*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

- Erikson, Kai T. (1962): Notes on the Sociology of Deviance. In: *Social Problems* 9 (4), 307–314.
- Ermacora, Felix (1976): UN and Human Rights in Chile. In: *Human Rights Review* 1 (2), 145–156.
- Finnemore, Martha; Sikkink, Kathryn (1998): International Norm Dynamics and Political Change. In: *International Organization* 52 (4), 887–917.
- Forschungsgruppe Menschenrechte (1998): Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (1), 5–41.
- Franck, Thomas M.; Cherkis, Laurence D. (1967): The Problem of Fact-finding in International Disputes. In: *Western Reserve Law Review* 18 (5), 1483–1524.
- Gadinger, Frank; Kortendiek, Nele; Mende, Janne (2022): Vermittlung in der internationalen Politik. In: *Zeitschrift diskurs* 8, 1-11.
- Hathaway, Oona A.; Shapiro, Scott J. (2011): Outcasting: Enforcement in Domestic and International Law. In: *Yale Law Journal* 121 (2), 252–349.
- Heaven, Corinne (2017): A Visible College: The Community of Fact-finding Practice. In: Henderson, Christian (Hrsg.): *Commissions of Inquiry. Problems and Prospects*, Oxford: Hart Publishing, 337–359.
- Hirsch, Moshe (2015): *Invitation to the Sociology of International Law*, Oxford: Oxford University Press.
- Jackson, Patrick T. (2006): Making Sense of Making Sense: Configurational Analysis and the Double Hermeneutic. In: Yanow, Dvora; Schwartz-Shea, Peregrine (Hrsg.): *Interpretation and Method: Empirical Research Methods and the Interpretive Turn*, Armonk: M.E. Sharpe, 264–280.
- Jepperson, Ronald; Wendt, Alexander; Katzenstein, Peter J. (1996): Norms, Identity and Culture in National Security. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, 33–75.
- Kelly, Patrick W. 2018. *Sovereign Emergencies: Latin America and the Making of Global Human Rights Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kortendiek, Nele (2021): How to Govern Mixed Migration in Europe: Transnational Expert Networks and Knowledge Creation in International Organizations. In: *Global Networks* 21 (2), 320–338.
- Kratochwil, Friedrich (1989): *Rules, Norms, and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kratochwil, Friedrich; Ruggie, John G. (1986): International Organization: A State of the Art on an Art of the State. In: *International Organization* 40 (4), 753–775.

- Lesch, Max (2017): Praxistheorien und Normenforschung in den Internationalen Beziehungen: Zum Beitrag der pragmatischen Soziologie. In: *Zeitschrift diskurs* 2, 31–54.
- Lesch, Max (2020): *Dynamics of Deviance: Torture and Its Prohibition in World Politics*, Frankfurt a. M.: Goethe Universität.
- Lesch, Max (2021): Multiplicity, Hybridity and Normativity: Disputes about the UN Convention against Corruption in Germany. In: *International Relations* 35 (4), 613–633.
- Louis, Marieke; Maertens, Lucile (2021): *Why International Organizations Hate Politics: Depoliticizing the World*, Abingdon: Routledge.
- MacKay, Joseph; Levin, Jamie (2015): Hanging Out in International Politics: Two Kinds of Explanatory Political Ethnography for IR. In: *International Studies Review* 17 (2), 163–188.
- Mégret, Frédéric (2016): Do Facts Exist, Can They Be ‘Found’, and Does It Matter? In: Alston, Philip; Knuckey, Sarah (Hrsg.): *The Transformation of Human Rights Fact-Finding*, Oxford: Oxford University Press, 27–48.
- Meyer, John W.; Boli, John; Thomas, George M.; Ramirez, Francisco O. (1997): World Society and the Nation-State. In: *American Journal of Sociology* 103 (1), 144–181.
- Möllers, Christoph (2015): *Die Möglichkeit der Normen: Über eine Praxis jenseits von Moralität und Kausalität*, Berlin: Suhrkamp.
- Niemann, Holger; Schillinger, Henrik (2016): Contestation ‘All the Way Down’? The Grammar of Contestation in Norm Research. In: *Review of International Studies* 43 (1), 29–49.
- Pratt, Simon F. (2020): From Norms to Normative Configurations: A Pragmatist and Relational Approach to Theorising Normativity in IR. In: *International Theory* 12 (1), 59–82.
- Reiners, Nina (2022): *Transnational Lawmaking Coalitions for Human Rights*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Shelton, Dinah (1980): Utilization of Fact-Finding Missions to Promote and Protect Human Rights: The Chile Case. In: *Human Rights Law Journal* 2 (1-2), 1–36.
- Simmerl, Georg; Zürn, Michael (2016): Internationale Autorität: Zwei Perspektiven. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23 (1), 38–70.
- Steininger, Silvia; Deitelhoff, Nicole (2022): Against the Masters of War: The Overlooked Functions of Conflict Litigation by International Courts. In: *Law & Contemporary Problems* 84 (4), 96–122.
- VN-Menschenrechtskommission (1975a): Resolution 8 (XXXI).
- VN-Menschenrechtskommission (1975b): VN-Dokument E/CN.4/SR.1319.

- VN-Menschenrechtskommission (1975c): VN-Dokument E/CN.4/SR.1335.
- VN-Menschenrechtskommission (1975d): VN-Dokument E/CN.4/1179.
- VN-Generalversammlung (1975a): Resolution 3448 (XXX).
- VN-Generalversammlung (1975b): VN-Dokument A/10285.
- VN-Generalversammlung (1976): VN-Dokument A/31/253.
- VN-Generalversammlung (1977): VN-Dokument A/32/227.
- VN-Generalversammlung (1978): VN-Dokument A/33/311.
- Vargas Viancos, María C. (1990): El Caso Chileno en la Asamblea General y la Comisión de Derechos Humanos de la Organización de las Naciones Unidas. In: *Revista Chilena de Derechos Humanos* 12, 31–59.
- von Bogdandy, Armin; Venzke, Ingo (2012): Beyond Dispute: International Judicial Institutions as Lawmakers. In: von Bogdandy, Armin; Venzke, Ingo (Hrsg.): *International Judicial Lawmaking*, Berlin: Springer, 3–33.
- Wiener, Antje (2014): *A Theory of Contestation*, Heidelberg: Springer.
- Wunderlich, Carmen (2018): *Schurkenstaaten als Normunternehmer: Iran und die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen*, Wiesbaden: Springer.
- Zarakol, Ayşe (2014): What Made the Modern World Hang Together: Socialisation or Stigmatisation? In: *International Theory* 6 (2), 311–332.
- Zimmermann, Lisbeth (2017): *Global Norms with a Local Face: Rule-of-law Promotion and Norm Translation*, Cambridge: Cambridge University Press.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts-
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/diskurs/81823

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20240410-105002-4

Erschienen in: Zeitschrift diskurs, Bd. 8 (2022): Sonderheft Vermittlung in der internationalen Politik, S. 12-26



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 Lizenz (CC BY-ND 4.0) genutzt werden.